

European Cities 2010 – 2030 – 2050

Eine Veranstaltungsreihe des Renner-Instituts in Kooperation mit dem Landtags- und Gemeinderatsklub der SPÖ-Wien und der Österreichischen Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung

European Cities 2010–2030–2050. Nachhaltigkeit und Partizipation – Städtische Lebensräume zukunftsfähig gestalten

Bericht zum zweiten Modul der Veranstaltungsreihe am 14.6.2005, in der Aula am Campus der Universität Wien

Nachhaltigkeit und Partizipation – zum Geleit Von Rudolf Schicker und Barbara Rosenberg



Die europäischen Städte zukunftsfähig gestalten – dieses politische Ziel ist eng mit den Fragen der demokratischen Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger und der ökologischen Nachhaltigkeit der Stadtentwicklung verknüpft. Die UN-

Weltkonferenz 1992 in Rio de Janeiro hat dafür den Begriff der „Agenda-21“ geprägt und für die Städte und Gemeinden wurde als spezifischer Handlungsrahmen die Lokale-Agenda-21 geschaffen. Jenseits modischer Themenkonjunkturen wird seither in einer Vielzahl europäischer Städte und Gemeinden kontinuierlich an der Verwirklichung dieser Zielsetzung gearbeitet.

Wien nimmt an dem weltweiten Programm der Lokalen-Agenda-21 seit der Unterzeichnung der Charta von Aalborg durch Bürgermeister Michael Häupl aktiv teil. Die ersten Umsetzungsschritte wurden mit einem Pilotprojekt im Bezirk Alsergrund 1998 getan und seit 2002 gibt es das Wiener „Lokale-Agenda-21“-Programm.

Zentrales Ziel des zweiten Moduls der Veranstaltungsreihe „European Cities 2010 – 2030 – 2050“ war es, den aktuellen Stand der kommunalen Beteiligungsdiskussion zum Thema zu machen. Welchen Beitrag liefern Beteiligungsprojekte zur Gestaltung der Stadt als lebenswerten, menschen- und umweltgerechten Lebensraum? Welche Strategien werden in anderen europäischen Städten verfolgt? Welche Schlussfolgerungen sind für zukünftige Wiener Projekte abzuleiten?

Im Rahmen der von Renner-Institut, Landtags- und Gemeinderatsklub der SPÖ Wien und der Österreichischen Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung durchgeführten Veranstaltung konnten wir am 14. Juni 2005 eine der Pionierinnen der Lokalen-Agenda-21-Projekte, die Oberbürgermeisterin von Heidelberg Beate Weber, in der Aula am Campus der Universität Wien im Alten AKH begrüßen. Bei ihr möchten wir uns für ihr spannendes Hauptreferat ebenso bedanken wie bei ihren Wiener Diskussionspartnerinnen Peter Mlczoch, Andreas Novy und Ulli Sima.

Die nachfolgende von Michael Rosecker verfasste Zusammenfassung gibt einen Einblick in die wichtigsten Argumentationslinien und informiert über den nächsten Diskussionstermin.

Dr. Barbara Rosenberg, Leiterin der Abteilung Innenpolitik & Personalentwicklung des Renner-Instituts

Dipl. Ing. Rudolf Schicker, Stadtrat für Stadtentwicklung und Verkehr, Präsident der Österreichischen Gesellschaft für Politikentwicklung und Politikberatung

Von der Gebietsbetreuung zum Gebietsmanagement Von Peter Mlczoch

Im Vorjahr wurde das dreißigjährige Bestehen der Wiener Gebietsbetreuungen gefeiert. Sind Gebietsbetreuungen also eine Institution? Nicht ganz, denn sie sind eine intermediäre Einrichtung zwischen den BürgerInnen, der Politik und der Verwaltung. Unverändert ist ihr Hauptziel: zur Verbesserung der Wohn- und Lebensqualität im dicht bebauten Stadtgebiet beizutragen. Dank engagierter Beteiligter gelang es schon in den Anfangsjahren, Stadterneuerung nicht primär als eine technische Aufgabe zu begreifen, d.h. also Substandardwohnungen „wegzusaniieren“. Von Anfang an wurde in Wien die soziale Dimension zu Lasten technischer Effizienz in den Vordergrund gerückt: Sanfte Stadterneuerung heißt ja, nur die Wohnungen zu sanieren, deren Bewohner dadurch nicht in andere Viertel mit schlechten Wohnungen verdrängt werden. Leistbarkeit der sanierten Wohnungen stand auch bei der Entwicklung der Förderinstrumente zur Sanierung ganzer Häuser im Vordergrund: Mit einem hohen Mitteleinsatz soll gesichert werden, dass BewohnerInnen im gewohnten Umfeld bleiben können, wenn ihr Haus saniert und darüber hinaus ihre eigene Wohnung im Standard angehoben wird.

Eine Kernaufgabe der Gebietsbetreuungen ist demnach auch die Beratung von BewohnerInnen bei allen Problemen rund ums Wohnen

– mit Ausnahme der Wohnungssuche selbst. Dies können Fragen zur Absiedlung, zum Wohnrecht oder zunehmend auch zum Wohnungseigentum sein, wobei sich die Beratung nicht auf ein „Weiterschicken“ beschränkt, sondern auch Wege zur Selbsthilfe aufgezeigt werden. Neben der Absicherung gegen unfreiwillige Absiedlung bieten Gebietsbetreuungen Beratung zu allen Fragen der Sanierung an: von der Wohnungsverbesserung über die Begleitung von Haussanierungen bis zu Hofbegrünungen.

Seit 1999 gibt es ein

neues Gebietsbetreuungsservice für städtische Wohnhausanlagen: Die Gebietsbetreuungen sollen vor allem dort unterstützen, wo Konflikte im Zusammenleben im Rahmen der Hausverwaltungstätigkeit nicht gelöst werden können. Hier werden auch Elemente der Mediation eingesetzt, die freilich nur erfolgreich sein kann, wenn die Beteiligten zur Lösungsentwicklung beitragen.

Die Nutzung und Gestaltung des öffentlichen Raumes ist ein zweites Standbein der klassischen Gebietsbetreuungen: Dabei geht es um die Entwicklung von Projektideen unter Einbeziehung der betroffenen BürgerInnen. Dass dies konfliktreich sein kann, versteht sich von selbst (Stichwort: Verkehr). Hier sind neue Methoden der BürgerInnenbeteiligung gefordert, wie sie etwa im Pilotversuch Grätzmanagement im 2. und 20. Bezirk erfolgreich getestet wurden: Ähnlich wie in den lokalen Agenda-21-Prozessen werden hier



Peter Mlczoch während der Podiumsdiskussion.

Projekte von BürgerInnen selbst entwickelt. Die Rolle der MitarbeiterInnen beschränkt sich hier auf die Moderation, aber auch professionelle Beratung („Wo kann man einen Baum pflanzen?“) wird geboten. Erfolgreich ist dieses Modell dort, wo die lokale Politik die Chancen der Erweiterung der Entscheidungsfindung über repräsentative Gremien hinaus hin zu den Menschen im Stadtteil erkennt. Dies heißt nicht, dass es weniger Konflikte gibt, der Umgang mit ihnen wird aber transparenter und (nach wie vor politische) Entscheidungen werden damit nachvollziehbarer.

Dipl. Ing. Peter Mlczoch, Architekt und Leiter der Gebietsbetreuung Leopoldstadt

European Cities 2010 – 2030 – 2050 Nachhaltigkeit und Partizipation – städtische Lebensräume zukunftsfähig gestalten

Eine Zusammenfassung der Diskussion vom 14.6.2005 in der Aula am Campus der Universität Wien

Das Renner-Institut, der Landtags- und Gemeinderatsklub der SPÖ Wien und die österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung luden am 14. 6. 2005 in die Aula am Campus der Universität Wien, um mit einem prominenten Podium und zahlreichen Interessierten Fragen der BürgerInnenbeteiligung und nachhaltiger Stadtpolitik zu diskutieren. Die Podiumsgäste repräsentierten die Wissenschaften und die Politik. Erstere waren durch den Ökonomen Andreas Novy und den Architekten Peter Mlczoch vertreten. Novy ist außerordentlicher Universitätsprofessor am Institut für Raumplanung und Regionalentwicklung der Wirtschaftsuniversität Wien und Mlczoch ist Leiter der Gebietsbetreuung Leopoldstadt, also mit der Praxis der Beteiligungspolitik tagtäglich konfrontiert. Die Stadtpolitik wurde durch die erfolgreiche Oberbürgermeisterin von Heidelberg, Beate Weber, sowie den Wiener Stadtrat für Stadtentwicklung und Verkehr Rudolf Schicker und die Wiener Umweltdrätin Ulli Sima repräsentiert. Beate Weber ist eine erfolgreiche und erfahrene deutsche Kommunalpolitikerin, die als Oberbürgermeisterin mit international anerkannter und bereits ausgezeichneter Stadtpolitik, die sich an BürgerInnenbeteiligung und Nachhaltigkeit orientiert, von sich reden machte. Die Diskussion wurde von der Leiterin der Abteilung Innenpolitik des Renner-Instituts, Barbara Rosenberg, geleitet.

Beate Weber: Zuerst einmal geht es um Menschen und die Beziehung dieser Menschen zueinander

Beate Weber verwies zu Beginn ihres Impulsreferats darauf, dass man Städte in ihrer BürgerInnenbeteiligung nicht eins zu eins vergleichen kann. Dennoch könne man Grundideen der Beteiligung und Nachhaltigkeit vergleichen, um sich gegenseitig zu befruchten und der Kommunalpolitik jene Stellung zu geben, die ihr bei diesen beiden Themen zukommt. Es ist deutlich geworden, dass sich die anderen Handlungsebenen der Politik sehr viel schwerer mit der Nachhaltigkeit und Beteiligung tun als Kommunen: „Local action moves the world“. Die Grundlage dieser Umstellung von Politik ist das gemeinsame Handeln mit den jeweiligen BürgerInnen. Frau Weber: „Ich denke, dass Stadtentwicklung erheblich mehr ist als Bauen von Straßen und Schulen. Das gehört dazu, aber für mich ist Stadtentwicklung eben auch soziale Entwicklung. Das Zusammenleben der Menschen fördern, BürgerInnen mit ihren beruflichen und ihrer



Oberbürgermeisterin Beate Weber bei ihrem Einleitungsreferat.

alltäglichen Lebenserfahrung in all das, was Lokalpolitik bedeutet, einzubeziehen.“ 1997 wurde in Heidelberg nach intensiver Diskussion der Stadtentwicklungsplan verabschiedet. Der gesamte Prozess wurde mit einer Veranstaltung zur „solidarischen Stadt“ begonnen, weil Frau Weber der Ansicht war: „Beginnen wir mit den Vorstellungen der BürgerInnen.“

In diesem Sinne wurde in Heidelberg begonnen, die Stadtteile und die Verwaltung zu analysieren. Die erste Erkenntnis für Weber war, dass die Verwaltung sehr stark segmentiert arbeitete. Das heißt: die Sozialdaten waren im Sozialamt, die Jugenddaten waren im Jugendamt usw. Abstrakte Durchschnittswerte sind für Menschen in einer Stadt aber völlig unerheblich. Sie wollen wissen, wie es bei Ihnen in der Umgebung aussieht. So wurden 14 Stadtteil-Rahmenpläne entwickelt. Dafür wurden neue Formen von BürgerInnenbeteiligung organisiert. Zuerst wurden Zukunftswerkstätten für Frauen eingerichtet, weil Frauen sich in ihrem Stadtteil in der Regel besser auskennen als Männer. Aus diesen Zukunftswerkstätten, die bis heute ohne Zutun der Stadt weiterlaufen, hat sich mittlerweile ein wunderbares Potential an hervorragend ausgebildeten Frauen entwickelt, die gute Arbeit leisten. Erst aufgrund dieser Daten aus den Stadtteilen konnte der Stadtentwicklungsplan zusammengefügt werden, der Heidelbergs „Lokale-Agenda“ ist. In diesem Stadtentwicklungsplan sind alle Themen enthalten. Einige der darin gestellten Aufgaben sind Daueraufgaben; einige ließen sich relativ schnell erfüllen. Sie verwies auf das Projekt „Nachhaltiges Wirtschaften“, das sich mit dem nachhaltigen und dennoch wirtschaftlichen Umgang mit Ressourcen befasst und das von kleinen und mittleren Unternehmen mitgetragen werde. So sei in Heidelberg ein Vertrauensverhältnis



Das zahlreich erschienene interessierte Publikum, darunter zahlreiche VertreterInnen der BürgerInneninitiativen.

entstanden, das für Frau Weber die Grundlage für eine gute BürgerInnenbeteiligung sei, da die meisten Bürger und Bürgerinnen Angst davor haben, durch die Politik missbraucht zu werden.

Gerade bei der Arbeit mit den Unternehmen wurde der Oberbürgermeisterin klar, wie tief Beteiligungsprozesse gehen können, da die MitarbeiterInnen der Unternehmen begonnen haben, aktiv an der Modernisierung ihrer Betriebe mitzuarbeiten. „So ist ein Dreiklang zwischen Ökonomie, Ökologie und Sozialpolitik im Entstehen begriffen, ohne dass die Politik das irgendjemandem hätte aufdrücken müssen“, betonte Beate Weber. Sie schloss ihr Referat mit dem Aufruf: „Stadtentwicklung, BürgerInnenbeteiligung und Nachhaltigkeit gehören zusammen, und deswegen habe ich es in Heidelberg zur Chefinnensache gemacht. Nur so konnte genug Nachdruck verliehen werden.“

Andreas Novy: Gerade in einem Land wie Österreich wäre Partizipation von großer Wichtigkeit

Der Ökonom begann sein Referat mit einem Blick in die Vergangenheit, da, seiner Meinung nach, das Phänomen der Machtverschiebung von der Politik zu Gunsten des uneingeschränkten Kapitalismus nicht ganz neu sei. Bereits in der Zwischenkriegszeit, so Novy, wurden viele Experimente und Innovationen des Roten Wien wesentlich über die Fiskalpolitik des Bundes besiegt, weil man der Stadt die Finanzmittel dafür genommen hatte. Ein Phänomen, das auch in den letzten 15 Jahren viele Städte betraf und so die Rahmenbedingungen für Kommunalpolitik extrem negativ bestimmte. Aus dem Grund habe er sich schon lange für das partizipative Budget in Porto Alegre interessiert. Dort wurde von der Politik zusammen mit der Bevölkerung versucht, „so etwas wie eine gegenseitige Ermächtigung vorzunehmen und in einem zentralen Politikbereich gemeinsam vorzugehen“, so Novy. Dadurch gelang es auch finanziell die Voraussetzung zu schaffen, soziale Innovationen, Veränderungen und Experimente in der Stadt umsetzen zu können.

„Meine Vorstellung, bezogen auf Österreich, war immer, dass auf der lokalen Ebene mit diesem Ansatz der Partizipation so etwas vorangetrieben werden kann, was mit Bruno Kreisky auf der nationalen Ebene passierte, nämlich die Demokratisierung der Gesellschaft und die Öffnung der Institutionen.“ so der Ökonom. Gerade in einem Land wie Österreich mit einer immer wieder erschreckenden Beharrungskraft und einer paternalistischen Tradition der Bevormundung wäre Partizipation von großer Wichtigkeit.

Im Bereich der Partizipation sei zu beobachten, dass von den Facetten von Partizipation – also Mitreden, Mitgestalten und Mitentscheiden – ganz klar eine Schwerpunktsetzung auf dem Aspekt des Mitredens liegt. Das heißt, man könne sich einbringen, aber auf eine sehr unverbindliche Weise. Bei partizipativen Budgets sowie bei anderen Formen von Partizipation gehen Mitreden und Mitgestalten immer auch mit Mitentscheiden Hand in Hand. Genau hier liegt für Novy der Punkt, warum die Begeisterung über Partizipation ins Stocken geraten ist, weil eben diese Möglichkeit und diese

Mechanismen, die Organisationsformen demokratischen, gemeinsamen Mitentscheidens ermöglichen, fehlen. Novy betonte: „Mein wesentlicher Wunsch wäre, dass den BürgerInnen die Möglichkeit gegeben wird in einer größeren Form mitzutun.“ Gerade in Wien solle so etwas ermöglicht werden, da dieses Bündnis aus Politik und Bevölkerung notwendig sein werde, um in den zentralen Kernfragen der Machtverlagerung hin zur wirtschaftlichen Macht irgendetwas entgegenzusetzen zu können, so der Wissenschaftler am Ende seines Impulsreferats.

Rudolf Schicker: Vieles erreicht, noch vieles zu tun

In Deutschland hat es bei Willy Brandt „Mehr Demokratie wagen“ geheißen. Mit diesem Bekenntnis begann der Wiener Stadtrat seinen Impulsvortrag. Er habe in seiner Jugend gesehen, dass Außenstehenden gleichbedeutend ist mit nichts umsetzen zu können. Daher habe er den Weg in die formale Politik gefunden. „Ich bekenne mich dazu, ich bin eines jener Kinder, die von Sozialdemokraten in dem Sinne erzogen wurden, dass Bildung frei macht“, betonte Schicker.

Möchte man, laut Schicker, Partizipation erreichen, dann sei ein ganz wesentlicher Bestandteil davon Bildung und Ausbildung von Menschen und ein barrierefreier Zugang zu Informationen. Nur so könnten BürgerInnen Politik bewerten, kritisieren und sich einbringen. Bildung, Ausbildung und Qualifikation seien wesentliche Beiträge dazu, dass Politik nicht mehr hinter verschlossenen Türen stattfinden könne. „Es ist klar, dass so viele Menschen wie möglich, in den Prozess der Gestaltung ihrer Stadt, ihrer Umwelt und ihrer Lebensbedingungen involviert werden müssen“, folgerte Schicker. Er wolle hier nicht nur auf die Politik verweisen, sondern ebenso auf den Bereich der Wirtschaft: „Man darf nicht meinen, hier gibt es den demokratischen Bereich, da soll alles demokratisch funktionieren, und dort gibt es den wirtschaftlichen Bereich, wo alles nach Befehlsstrukturen abläuft.“ Wenn man zulässt, dass es keine Wirtschaftsdemokratie gibt, dann wird die Organisation der Partizipation im politisch-öffentlichen Raum mangelhaft funktionieren.

Neben den demokratischen repräsentativen Ebenen, wie Bezirksvertretung und Gemeinderat, wurde der Wiener Agenda-Prozess als von der Stadtverwaltung unabhängige partizipative Struktur gestaltet. Schicker stelle „nur“ die dafür notwendigen Mittel den Bezirksgruppen zur Verfügung. Weil so viele Belange Bezirksentscheidungen sind, müssten sich gerade die Bezirke zum Agenda-Prozess bekennen, das heiße ebenfalls mitzufinanzieren und Projekte umzusetzen.

Er verwies auf die erfolgreichen Agenda-Projekte im 9. Bezirk, auf ein Gender-Mainstreaming-Projekt, ein Mobilitätsmanagement-Projekt mit der Raiffeisen-Landesbank Wien-Niederösterreich, die JugendgemeinderätInnen, die Jugendbezirksvertretungsrunden und die Gemeinwesenarbeit im Schöpfwerk. „Es ist noch viel zu tun, aber der richtige Weg ist eingeschlagen“, schloss Stadtrat Schicker seinen Impulsvortrag.



Das Podium: oben v.l.n.r.: Barbara Rosenberg bei der Begrüßung, Architekt Peter Mlczoch, Stadtrat für Stadtentwicklung und Verkehr Rudolf Schicker, Oberbürgermeisterin Beate Weber, Umweltschichterin Ulli Sima und der Wissenschaftler der Wirtschaftsuniversität Wien Andreas Novy.

Peter Mlczoch: Partizipation verbessert und verbreitert die Grundlagen für Entscheidungen

Der Architekt verwies in seinem Impulsreferat zunächst auf die Rolle der Frauen bei den Themen Partizipation und Nachhaltigkeit. Im 2. Bezirk seien in den Redaktionsteams des „Grätzl-Blatt!“, also in der eigenen Zeitung der BewohnerInnen, ausschließlich Frauen. Es sei, so Mlczoch, eine wichtige Aufgabe, dass künftig auch Männer mehr für Arbeit im Lebensraum mobilisiert werden. Es liegt sicher nicht an der Berufstätigkeit von Männern alleine, gab sich der Architekt überzeugt.

Es ist notwendig, den Menschen außer Wählen auch Mittun überhaupt zu erlauben. Es sind meine Tätigkeitsbereiche, die es seit dreißig Jahren in Gestalt der Gebietsbetreuung gibt, wo Partizipation immer, zumindest in den Köpfen, mit dabei war, in der täglichen Praxis aber vielleicht nicht immer Eingang finden konnte. „Wir betreiben im zweiten Bezirk auch ein Grätzl-Management im Zusammenhang mit der Gebietsbetreuung, das ist ein der Agenda-21 sehr ähnlicher Ansatz“, so der Architekt. So wurden die Modelle, des Siedlungssoziologen und Demografen Jens Dangschat vom Deutschen Quartiers-Management nach Wien geholt. „Hier praktizieren wir viele Elemente der Gemeinwesenarbeit mit starken, sagen wir nicht basisdemokratischen, aber demokratischen Ansätzen und Vorgehensweisen,“ betonte Mlczoch.

Diese Aktivitäten führten, laut Mlczoch, zur Aktivierung von BürgerInnen, zur breiten Teilnahme am Diskurs und zur Stärkung der schwach entwickelten Zivilgesellschaft. Bedeutend sei auch, dass solche Prozesse eine wichtige Identifikation der BürgerInnen mit ihrem Grätzl mit sich bringen und in der Regel zumindest zu höherer Akzeptanz von Projekten im öffentlichen Raum führen. Dass es hier auch widersprüchliche BürgerInnen-Interessen gibt, demonstrierte er am Beispiel eines Parks in der Odeongasse: „Hier wurde von den AnrainerInnen bereits im Vorfeld die Schließung des Parks gefordert, obwohl es vorher ein Partizipationsverfahren für die Gestaltung gegeben hat. Solche Widersprüchlichkeiten müssen ausgehalten werden.“ Partizipation darf auch kein Instrument der Absegnung werden, betonte der Architekt.

Abschließend unterstrich Mlczoch: „Partizipation kann die Grundlagen kommunaler Politik und Lebensqualität wesentlich verbessern und verbreitern und das ist meiner Meinung nach der wichtigste Beitrag, den Partizipation liefern kann.“

Ulli Sima: Umweltbewusstsein muss mit den Kindern mitwachsen

Statdrätin Ulli Sima eröffnete ihr Referat kritisch: „Nachhaltigkeit ist ja an sich ein Wort, das in den letzten zehn Jahren in einer gewissen Beliebigkeit immer verwendet wurde. Alles, was irgendwie gut sein soll, wird immer automatisch nachhaltig genannt.“ Deswegen habe man sich in Wien bemüht, den Begriff Nachhaltigkeit mit Leben zu füllen. Hierbei war für Wien Klimaschutz ein wichtiger Impuls, um für Nachhaltigkeit aktiv zu werden. Die Stadt Wien habe sich ein höheres Ziel als Österreich bei den durchaus ambitionierten Kyoto-Zielen gesteckt. Das führte, laut Sima, einfach dazu, dass auch im Magistrat selbst ein einzigartiger Prozess ausgelöst wurde. Das Klimaschutzprogramm der Stadt Wien (= KLIP) wurde ins Leben gerufen. Aus den 5 Handlungsfeldern und den darin enthaltenen 36 Maßnahmenprogrammen, stellte Sima die Aktionen der Stadtverwaltung heraus. Alle Magistratsabteilungen setzten sich zusammen, um herauszufinden, was bei der alltäglichen Arbeit im eigenen Bereich für den Klimaschutz gemacht werden könne. Die Statdrätin betonte: „Das war ein unglaublicher Aufwand, aber es ist ein tolles Paket herausgekommen, das sehr ambitioniert umgesetzt wird.“ Die Erfolge und Probleme seien in den jährlichen Fortschrittsberichten nachzulesen. Abteilungsübergreifendes Denken und Arbeiten sei so ermöglicht worden. „Nachhaltigkeit soll eben nicht auf die grüne Umweltwiese geschoben werden“, so Sima. Bei der thermischen Sanierung oder bei der Effizienzsteigerung von Kraftwerken seien die größten Erfolge beim Klimaschutz erzielt worden. So wurde auch bewiesen, dass Umweltschutz neue Arbeitsplätze schaffen könne. Dieser vermeintliche Widerspruch zwischen Umwelt und Wirtschaft, der in Österreich, laut Sima, immer wieder behauptet wird, sei widerlegt worden.

Ein zweites Projekt wurde von Ulli Sima vorgestellt: der Öko-Business-Plan. Das sei ein Projekt, auf das Wien sehr stolz sei. Seit 1998 haben sich 460 Unternehmen daran beteiligt und 8.000 Umweltprojekte umgesetzt. Wenn ein Betrieb sich dafür interessiert, bekomme er BeraterInnen zur Verfügung gestellt, die seine Einsparungspotenziale durch Abfallvermeidung, bei der Warmwassererzeugung und bei den Energiekosten aufzeigen. Dann folge die Umsetzung dieser Maßnahmen. Der Anreiz der Kostenersparnis für das Unternehmen und die Verbesserung für die Umwelt verknüpfen sich im Sinne des Klimaschutzes.

Weiters wurde noch das Projekt „ÖkoKauf“ von der Wiener Umweltstadträtin vorgestellt: Die ökologische Beschaffung der Stadt Wien. Wobei hier die Umsetzung nicht immer leicht sei, da „hier der Beharrlichkeitsfaktor eines großen Apparates wie des Magistrats ein enormer ist“, so Sima.

Hier gilt es, jede Menge von Vorurteilen abzubauen. Aber die Aktivitäten reichen vom Einkauf biologischer Lebensmittel bis hin zu umweltfreundlichem Toilettenpapier und Reinigungsmitteln. Am Schluss ihres Impulsreferats betonte die Statdrätin, wie wichtig es für Umweltpolitik sei, schon bei den Kindern anzusetzen. „Deswegen haben wir ein breites Programm an kindergerechten Aktivitäten und Veranstaltungen zusammengestellt“, verwies Sima auf ihre Aktivitäten. Sie hoffe, dass das Umweltbewusstsein mit den Kindern mitwachse und sie so umweltbewusste Erwachsene würden.

Schwerpunkte der Diskussion

In der ersten Diskussionsrunde meldete sich erneut Beate Weber zu Wort und verwies darauf, wie wichtig es für Heidelberg gewesen sei, die Universitäten und die verschiedenen Industrieunternehmen zusammenzuführen. Nur so konnte ein Stoffstrommanagement im örtlichen Industriegebiet aufgebaut werden. Nur so lernten sich alle Beteiligten mit ihren sich ergänzenden Interessen kennen. Sie verwies aber auch auf Rivalitäten der VertreterInnen der repräsentativen Demokratie und der BürgerInnenbeteiligung. Hier ist, laut Weber,



Statdrat Schicker erklärt seine stadtplanerische Politik für die Zukunft.



Die Umweltstadträtin Ulli Sima erläutert dem Publikum ihre stadtpolitischen Standpunkte und „ihre“ ökologische Zukunft für Wien.

Ausgleich und Verständnis zu fördern. Aber Partizipation dürfe ihrer Meinung nach nicht nur dazu dienen, Probleme offenzulegen, sondern müsse auch für deren Lösung herangezogen werden.

Das sei ein Gewinn für die Demokratie und nicht ein Verlust der Kompetenzen der repräsentativen Demokratie, da der Gemeinderat die Chance erhalte, aufgrund der Sachkunde, die in diesem Stadtteil, in diesem Bezirk erworben wurde, eine vernünftige Entscheidung zu treffen und das dann als einen Gewinn für die Demokratie zu sehen und nicht als einen Verlust der eigenen Kompetenzen. Abschließend verwies sie auf die Bedeutung des Internets für Belange der BürgerInnenbeteiligung. In Heidelberg werde ein sprunghaftes Anwachsen der Zugriffe im Internet vermerkt. „Seitdem wir unsere öffentlichen und nicht öffentlichen Gemeinderatsvorlagen mit einer kleinen zeitlichen Verzögerung ins Internet stellen, haben wir im Augenblick 80.000 Zugriffe in einer Woche“, erläuterte die Oberbürgermeisterin. Die Menschen merken, so Weber am Ende ihrer Wortmeldung, dass das, was im Heidelberger Gemeinderat bzw. Stadtrat und in der Verwaltung passiert, von Interesse für die BürgerInnen ist: „Das Internet ist ein sehr hilfreiches Instrument für Partizipation.“

Es besteht großer Bedarf nach mehr Dialog mit den BürgerInnen

Nun kam das Publikum an die Reihe. Es folgte eine emotionale, engagierte, kritische und kontroverielle Diskussion – vor allem – zwischen den VertreterInnen der Politik und den interessierten Gästen. Im Besonderen meldeten sich VertreterInnen verschiedener BürgerInneninitiativen zu Wort, um ihre Erfahrungen und Kritikpunkte kundzutun. Die Themen reichten von Feinstaubbelastungen, vom Autobahnbau an der Stadtgrenze, zu geringer Breite der repräsentativen Demokratie auf Bezirksebene bis hin zu Straßenbau-Problemen in der Lobau, Schanigarten-Öffnungszeiten und Bauordnungskritik in Grinzing. Ein spannender Diskurs, Rede und Gegenrede und ein Schlagabtausch zwischen PolitikerInnen und BürgerInnen zeigte die Vielfalt, die Möglichkeiten, die Spannungen und die Notwendigkeit von Partizipation und Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene auf.

Das letzte Wort hatte der Gast aus Deutschland, Beate Weber. Sie fasste die Publikumsdiskussion wie folgt zusammen: „Wir werden in den demokratischen Gesellschaften immer mehr Verteilungskämpfe haben. Das heißt: Es braucht eine BürgerInnenschaft, die bereit ist, dazu ernsthaft mit denen, die schwierige Entscheidungen zu treffen (PolitikerInnen) haben, gemeinsam die Lösung zu erarbeiten. Ich musste zuallererst in den BürgerInnen das Verständnis dafür wecken, dass BürgerInnenbeteiligung ein Diskussionsprozess ist, der in einer demokratischen Entscheidung zu einem vernünftigen Ende kommen muss. Und ich musste der Heidelberger Stadtverwaltung beibringen, dass sie lernt, zuzuhören und dass sie lernt, Argumente der BürgerInnen auch wirklich ernst zu nehmen. Demokratie heißt aber nicht, dass jedem Anliegen entsprochen werden kann oder soll. Demokratie heißt Ausgleich und Kompromiss. Die Grundlagen für beides werden um vieles besser durch Partizipation.“

Barbara Rosenberg bedankte sich bei den DiskutantInnen und beim Publikum für das zahlreiche Erscheinen und die vielen Diskussionsbeiträge.



Oben: Andreas Novy führt seine Standpunkte aus. Unten: Einer von vielen spannenden und auch kritischen Diskussionsbeiträgen aus dem Publikum.

Buch- und Linktipps zur Diskussion:

- Magistrat der Stadt Wien (Hg.): Klimaschutzprogramm Wien (Wien 1999)
- Marc Diebäcker (Hg.): Partizipative Stadtentwicklung und Agenda-21. Diskurse – Methoden – Praxis (Wien 2004)
- Stadtentwicklung Wien (Hg.): Stadtregionen – Steuerungsmöglichkeiten für die räumliche Entwicklung. Dokumentation der Stepworkshops (Wien 2005)

www.renner-institut.at
www.politikberatung.or.at
www.wien.spoe.at
www.wien.gv.at

Das dritte Modul – Terminankündigung:

European Cities 2010 – 2030 – 2050
Kooperation oder Wettbewerb? – Zukunftsstrategien europäischer Städte

am Mittwoch, 10. Mai 2006, 18.00 Uhr
im Bruno-Kreisky-Saal, Renner-Institut,
Khleslplatz 12, 1120 Wien

Impressum:

Renner-Institut, 1120 Wien, Khleslplatz 12. Redaktion: Barbara Rosenberg, Michael Rosecker & Angelika Zach, Jänner/2006. Fotos: S. 1 – zur Verfügung gestellt und © Petra Spiola, S. 2, 3, 4 und 5 – © Petra Spiola